

Stock/comDZarzycka

Theorie | 10.11.2017 (editiert am 12.11.2017)

Das Ende des „reifen“ Kapitalismus

Von Hartmut Elsenhans

Mit der Aushöhlung des Mechanismus, durch steigende Masseneinkommen Profit zu schaffen, geht eine Ära zu Ende. Nur der Staat bleibt noch, um den Kapitalismus zu erhalten.

Dass für den Kapitalismus die Balance zwischen Kapital und Arbeit überlebensnotwendig ist, brauchte lange niemand zu verstehen. Zumindest solange nicht, als dass die Stahlarbeiter, Kumpel im Tagebau oder Maurer stark genug waren, um steigende Einkommen zu erzwingen und auch großzügig auszugeben. Gegen den Widerstand der Unternehmer generierten sie also Nachfrage, die an die Unternehmen zurückfloss. Immer erst dann, wenn die Kraft der Arbeitnehmer geschwächt wurde, war auch der Kapitalismus bedroht.

Mit dem Ende des „reifen“ Kapitalismus – zu definieren als immer größere Einkommen für die Masse der Bevölkerung – endet nun eine ganze Ära. Veränderte Bedürfnisstrukturen, von technischen Innovationen ausgelöste makroökonomische Konfigurationen und neue weltwirtschaftliche Bedingungen modifizieren den bisher gültigen Mechanismus: *Steigende Masseneinkommen schaffen Wachstum und Profit*.

Der Kapitalismus hat den Konsum breiter Massen auf ein bislang nicht bekanntes Niveau angehoben. Bei diesem Prozess haben sich auch die Bedürfnisse geändert. Der Kalorienverbrauch ist weniger gestiegen, als der Nahrungsmittelverbrauch, weil immer höherwertigere Nahrungsmittel nachgefragt werden. Der Nahrungsmittelverbrauch wiederum ist langsamer gestiegen als der Verbrauch industrieller Produkte, und unter ihnen nahm der Anteil hochtechnologischer Produkte laufend zu. Gleichwohl steigt inzwischen der Verbrauch industrieller Produkte langsamer als die Einkommen, weil die Nachfrage nach Dienstleistungen steigt.

Die Sparfalle

Mit wachsendem Einkommen verliert der gegenwärtige Konsum gegenüber dem Wunsch nach einer unklaren Vorstellung von Sicherheit in der Zukunft an Bedeutung. Haushalte befriedigen vermehrt ihr Bedürfnis nach langfristiger

Sicherheit. Die Sparneigung steigt und bleibt hoch. Diese Ersparnisse der Haushalte fehlen als Nachfrage. Die Ausgaben für wachsende Masseneinkommen (Kosten) fließen nicht vollständig als Nachfrage an die Unternehmen zurück.

Nach der Gleichung *steigende Masseneinkommen schaffen Wachstum und Profit* vermindert wachsendes Sparen der Haushalte die Profite der Unternehmen.

Mit dieser These wird nicht eine sich irgendwie zwangsläufig einstellende Sättigung der Bedürfnisse in absehbarer Zeit behauptet. Die Sparfalle erfordert gleichwohl neue Mechanismen der Einbettung des Kapitalismus in politische und gesellschaftliche Strukturen. Diese Herausforderung entsteht dann, wenn im Zuge höherer Realeinkommen Haushalte einseitig zwar individualistisch rationale aber volkswirtschaftlich irrationale Strategien verfolgen. Volkswirtschaften können nicht sparen, einzelne Haushalte sehr wohl, alle gemeinsam aber scheitern dabei.

Heiner Flassbeck[1] ist zuzustimmen, dass die Sparquote der großen westlichen Industrieländer seit den 1990er Jahren gesunken ist. Damals betrug sie für die Europäische Union 14 % und für die USA etwa 8 %.[2] Sie hat sich jetzt in Deutschland auf ungefähr 10 % eingependelt. Damit liegt sie noch erheblich über dem Wert der fünfziger und sechziger Jahre: 1958: 3,9 % für den mittleren Arbeitnehmerhaushalt. Der den Rentnern zuzuordnende Haushaltstyp 1 der damaligen deutschen Statistik sparte 1976 8,5 % seines Nettoeinkommens, 1977 gar 11,5 %,[3] während heute die Sparleistungen der Rentner sogar negativ sind. [4]

Der Rückgang der Sparquote erfolgt in allen von Ross Harvey dokumentierten westlichen Industrieländern ab 1991, also parallel zur Stagnation der realen Einkommen. Damit spricht manches dafür, dass erst der Sieg der Neoliberalen zum Rückgang der Sparneigung führten, und deshalb im Falle einer Politik steigender Masseneinkommen die Sparneigung wieder zunehmen wird.

Wie also können die hinter einer Zunahme der Sparneigung stehenden Interessen privater Haushalte so befriedigt werden, dass dadurch die Masse der privaten Haushalte nicht entmachtet wird. Sparen ist nicht Ausdruck eines Überdrusses an Konsum, sondern eines Abwägens zwischen derzeitigen Konsummöglichkeiten und Unsicherheiten in der Zukunft.

Je glaubwürdiger Zukunftsrisiken durch Instrumente außerhalb des privaten Sparens abgesichert werden, desto eher wird die Sparneigung bei wachsendem Einkommen nur begrenzt oder überhaupt nicht ansteigen, vielleicht sogar abnehmen. Allein das spricht schon gegen kapitalbasierte Altersversicherungen und für Umlageverfahren.[5] Bereits in den siebziger Jahren wurde im Sachverständigenrat von Gerhard Scherhorn die Minderheitenposition vertreten, dass Arbeitszeitverkürzung eine Grundlage zur Erhöhung der Konsumneigung wäre. [6]

Eine abnehmende Neigung, materielle Bedürfnisse zu befriedigen, lässt sich dann auch weniger am Sparverhalten sondern eher im Druck in Richtung einer Arbeitszeitverkürzung messen. Angesichts der Machtbeziehungen innerhalb der Unternehmen in einer Phase steigender Arbeitslosigkeit lässt sich aus dem beobachtbaren Verhalten der Haushalte aber nicht ablesen, inwieweit sie selbst Arbeitszeitverkürzung anstreben.

Wenn bei hohen Masseneinkommen nichtmaterielle Bedürfnisse wichtiger werden, wird der Mechanismus *steigende Masseneinkommen schaffen Profit* ausgehebelt. Einem „reifen“ Kapitalismus drohen deshalb verstärkte Prozesse der Rentenaneignung.

Dem Preisverfall für ihre Produkte als Folge zurückhaltender Nachfrage können die Unternehmen dadurch entgegenwirken, dass sie durch Marktunvollkommenheiten Preissetzungsmacht erreichen. Daraus entsteht z. B. heute der Kampf für die unbegrenzte Sicherung an geistigem Eigentum – im Unterschied zur früheren temporären Sicherung von Patenten. Die Unternehmen können zudem den Staat in Beschlag nehmen, und ihn für die Steigerung von Exportüberschüssen und Staatsdefiziten instrumentalisieren.

Freilich ist keines dieser Instrumente langfristig nachhaltig. Sie alle können die Verteilungsspielräume für die Unternehmen erhöhen, keines aber garantiert, dass die Verteilungsspielräume auch zu höheren Profiten und Investitionen führen. Zumindest solange nicht, bis Marktbeschränkungen eingeführt werden. Ein Mehr an Geld ohne ein Mehr an Investitionen bedeutet Renten.

Sparen kann schuldenfinanzierte Nachfrage anderer Wirtschaftssubjekte, zum Beispiel der Unternehmen, ermöglichen. Sie ist aber wegen der Kreditfinanzierung von Investitionen nur bedingt wichtig (Vermeidung von Inflation durch Übernachfrage). Haben die Unternehmen keine Neigung, Schulden für Investitionen aufzunehmen, führt Sparen stets nur zu Nachfrageausfall, ähnlich sinnlos wie der Abschnitt einer nicht genutzten Landebahn hinter einem aufsetzenden Flugzeug.

Der Sachverständigenrat hatte im Übrigen schon Anfang der siebziger Jahre die mangelnde Bereitschaft der Unternehmen kritisiert, Sparüberschüsse der Haushalte mit dem Mittel der Fremdfinanzierung ihrer Investitionen nachfragewirksam zu kompensieren.[7]

Dauerhaften Exportüberschüssen gegenüber dem Rest der Welt stehen entsprechende Handelsbilanzdefizite gegenüber. Sie führen im Regelfall zur Abwertung der Währungen dieses Restes der Welt. Um Abwertungswettläufe wie in den 1930er Jahren abzuwehren, hatte Keynes 1944/45 bei den Verhandlungen anlässlich der Welthandelsordnung und dem Weltwährungsfonds gefordert, dass Länder mit dauerhaften Überschüssen selbige Ländern mit dauerhaften Defiziten zu geringen Zinsen zur Verfügung stellen müssten, um deren wirtschaftliches Aufholen zu fördern.

Seine dauerhaften Handelsbilanzüberschüsse kann sich Deutschland heute vor allem wegen seiner Zugehörigkeit zum Euroraum leisten. Als Euroland ist Deutschland nicht nur vor den Folgen einer Abwertung wichtiger Partner in der Eurozone geschützt. Schon zuvor hatte das europäische Währungssystem (EWS) in seinen verschiedenen institutionellen Ausprägungen Abwertungen wichtiger Partnerländer Deutschlands verzögert oder erschwert.

Wenig beachtet wird auch, dass die Zugehörigkeit zur Eurozone dem neomerkantilistischen Exportmodell Deutschland dadurch nützt, dass die Aufwertung des Euros gegenüber dem Rest der Welt begrenzt bleibt. Die gegenüber Deutschland geringerer internationaler Wettbewerbsfähigkeit des Rests der Eurozone vermindert den Aufwertungsdruck gegenüber dem Euro, weil die Partner Deutschlands in der Eurozone Handelsbilanzdefizite gegenüber dem Rest der Welt haben.

Verschuldung: politisch kontroverse Strategie

Die Zunahme der staatlichen Verschuldung ist ein begrenzt nachhaltiger Versuch zur Kompensation des Nachfrageausfalls. Unstrittig ist die in Makroskop regelmäßig vorgetragene Argumentation,[8] dass ein Staat mit eigener Währung

seine Schulden über die eigene Zentralbank refinanzieren kann. Diese Option wird durch den Euro für die einflussreicheren europäischen Mitgliedsländer nicht aufgehoben.

Steigt allerdings die Verschuldung schneller als das Volkseinkommen, nehmen die Forderungen des wirtschaftlich besser gestellten Teils der privaten Haushalte gegenüber dem Staat zu. Das gilt auch für den Teil der Geldmenge, den die Zentralbank nicht über eine restriktive Geldpolitik vermindern kann, nämlich festverzinsliche Finanzanlagen der Privaten (Spareinlagen, Staatsschuldbriefe etc.). Die Zunahme der staatlichen Verschuldung stärkt im Regelfall die hohen Einkommen, die Finanzmarkttitel kaufen. Diese hohen Einkommen haben wiederum eine hohe Sparneigung.

Zudem ist wenig wahrscheinlich, dass der Aufbau solcher Finanzvermögen durch die staatliche Verschuldung dauerhaft ohne Zinszahlungen möglich ist. Zwar kann die Zentralbank jederzeit ausreichend Geld zur Verfügung stellen, doch stößt sie, wie die heutigen Erfahrungen zeigen, auf den Widerstand der einkommensstärkeren Haushalte gegenüber einer Null-Zins-Politik. Dass die Reichen beim Kampf gegen die Null-Zins-Politik scheitern, ist genauso (wenig) wahrscheinlich, wie ihr Scheitern im Kampf gegen Steuererhörungen. Im Umkehrschluss: Wer eine Null-Zins-Politik durchsetzen kann, dürfte auch Steuererhöhungen für die höheren Einkommen durchsetzen können.

Verschuldung ist saldenmechanisch „sustainable", also nachhaltig, bleibt aber politisch kontrovers. Eine Strategie, die die Masse der Bevölkerung für eine neue Politik mobilisieren will, sollte dies in Rechnung stellen. Im Kapitalismus gehen alle Wirtschaftssubjekte von Unsicherheiten aus: ein Beitrag zur Sicherheit ist, wenn die, die Ausgaben tätigen, diese aus nicht konditionierten Einnahmen, also Löhnen, Unternehmerprofiten und Steuern finanzieren. Konditionierte Einnahmen wie Schulden werden als wenig berechenbare mögliche Krisenverstärkungsfaktoren wahrgenommen.

Weitere Faktoren für das Faulen des „reifen" Kapitalismus

Da der Kreditbedarf der produzierenden Wirtschaft klein ist, kommen vor allem Anlagen auf den Finanzmärkten infrage, was diese wachsen lässt. Das Wachstum der Finanzmärkte ist also nichts anderes als ein Mangel an Massennachfrage in der realen Wirtschaft. Angesichts der nach Haushalten unterschiedlichen Sparneigungen führt sie zu einer für weiteres Wachstum ungünstigen Einkommensverteilung.[9]

Weil vom Wachstum der Finanzmärkte (begrenzte) Wirkungen auf die Kreditversorgung – und in den letzten Jahrzehnten auch (konjunkturell instabile) Nachfrage aus hohen Einkommen – ausgehen, muss die staatliche Geldpolitik die Expansion der Finanzmärkte stützen oder wenigstens tolerieren. Die auf Kursspekulationen gegründete Rendite auf den Finanzmärkten kann die Profite, die in der realen Wirtschaft erzielt werden, wesentlich übersteigen. Finanzanlagen ersetzen zunehmend Investitionen in der realen Wirtschaft.

Nur haben Finanzmarkttitel im Regelfall keine zusätzlich geschaffenen realen Vermögensbestände als Gegenwert. Würden die Finanzanlagen in Güternachfrage – zum Beispiel bei drohenden Krisen – umgewandelt, würden sie einfach mit anderen Zahlungsmitteln gegenüber einer konstanten Menge von Vermögens – und Warenbeständen konkurrieren. Sie schüfen nur Reichtum, wenn

sie zusätzliche Investitionen hervorriefen, und zwar über das Wachstum der Investitionstätigkeit hinaus, das durch die Steigerung der Nachfrage auf den Gütermärkten schon angeregt wird.

Auch die Struktur des technischen Fortschritts und die neue Phase intensivierter weltwirtschaftlicher Globalisierung trägt zu einer weiteren Schwächung des für Kapitalismus grundlegenden Mechanismus steigender Masseneinkommen bei.

Weil kapitalistisches Wachstum immer mehr von wissensbasierten Produkten ausgeht, sinkt der Aufwand für physisches Kapital. Nur physisches Kapital, nicht das „Wissen" in den Köpfen, kann von Unternehmern als Haben in der Bilanz verbucht werden. Wissen ist aus biologischen Gründen Eigentum der Arbeitskräfte.

Damit steigt der Druck auf den Kapitalkoeffizienten, weil im Verhältnis zu „Wissen" immer weniger physisches Kapital in der Produktion eingesetzt wird. Der Kapitalkoeffizient ist in Deutschland in den letzten beiden Jahrzehnten nur wegen der Bilanzierungspraktiken im Finanzsektor stabil (Goodwill etc als Aktiva). In der verarbeitenden Industrie sinkt der Kapitalkoeffizient seit den letzten zwei Jahrzehnten.[10]

Auch bei diesem Befund muss hinterfragt werden, inwieweit er technisch bestimmt ist. Neue Investitionen bestehen immer aus Rationalisierungsinvestitionen, die auch bei konstanten Reallöhnen die Stückkosten senken, und Defensivinvestitionen, bei denen die Stückkosten nur im Fall steigender Reallöhne niedriger als bei früheren Technologien sind. Die ältere Technologie wäre rentabel, wenn die Reallöhne nicht gestiegen wären.

Der niedrige Kapitalkoeffizient könnte also sowohl Folge veränderter Strukturen von technischem Fortschritt, als auch der Ausdruck einer zu niedrigen Wachstumsrate der Produktion sein. Dann würde ein Verzicht auf die Ausschöpfung der Wachstumspotenziale der Wirtschaft in der Folge von fehlenden Steigerungen der Masseneinkommen zur weiteren Behinderung von Wachstum führen.

Verminderte Wachstumsraten und ein tendenziell sinkender Kapitalkoeffizient erlauben verstärkte Selbstfinanzierung der Investitionen. Die Fremdfinanzierung der Bruttoinvestitionen und damit die Verschuldungsbereitschaft der Unternehmen hat im letzten halben Jahrhundert in Deutschland drastisch abgenommen.[11] Die Unternehmen absorbieren die Ersparnisse der Haushalte nicht mehr.[12]

Die Globalisierung, definiert als wachsende Konkurrenzfähigkeit von Wirtschaften ohne Vollbeschäftigung, vergrößert die Verteilungsspielräume in den kapitalistischen Industrieländern. Doch ohne Reallohnsteigerungen orientiert am Produktivitätszuwachs – nämlich auch entsprechend der Terms-of-Trade-Verbesserungen durch neue Billigimporte – wächst das Angebot schneller als die Nachfrage.

Wahrgenommen werden in der öffentlichen Diskussion nur die Gefährdung von Arbeitsplätzen durch Konkurrenz aus dem Süden, nicht aber die Folgen der von Unternehmen und Arbeitnehmern gemeinsam gestützten Anpassung: Nachfragewachstum unterhalb des Produktivitätswachstums, so dass die Produktion dem Produktivitätswachstum hinterher hinkt.[13] Das war seit den 1930er Jahren die klassische Formulierung einer unterkonsumptiven Krise, der die Arbeitnehmerorganisationen im Regelfall mit Krisen verschärfender Lohnzurückhaltung und Tolerierung der Abschwächung von Konkurrenz begegnen.[14]

Wegen der Veränderung der Bedürfnisstruktur und der Mechanismen technischen Fortschritts kann ausreichende Nachfrage für kapitalistisches Wachstum nicht mehr allein durch die Forderung nach höheren Löhnen gesichert werden. Die Zeit ist vorbei, in der wirtschaftspolitische Doktrinen deshalb eine wichtige Rolle spielten, weil sich die Arbeiterschaft in ihren Lohnkämpfen sowieso wenig darum kümmerte.

Es bleibt nur noch der Staat

An dieser Stelle wird die weitgehende Ausblendung keynesianischer Perspektiven im politischen Diskurs plötzlich politisch relevant. Das Sparen der privaten Haushalte kann Zukunftssicherung nur dann bringen, wenn sich später in gleichem Umfang produktive Arbeitskräfte verschulden. Eine Absenkung der unteren Einkommen auf ein Niveau, bei dem die Bezieher niedriger Einkommen sich in eine moderne Form der Schuldknechtschaft begeben müssten, lässt sich wenigstens derzeit nicht als politisch realisierbar darstellen. Den massiv steigenden Ersparnissen der privaten Haushalte müsste zur Sicherung einer ausreichenden Nachfrage die staatliche Verschuldung gegenüberstehen.

Doch sie ist politisch schwerer zu managen, als die politische Absicherung der späteren Versorgung der privaten Haushalte durch den Staat. Dazu sind heutige Sparleistungen nicht erforderlich. Auch durch private Ersparnisse finanzierte zukünftige Leistungen müssen aus der zukünftigen Produktion geliefert werden. Das heute nicht gegessene Joghurt kann nicht bis zum Eintritt des Rentenalters aufbewahrt werden. Heute auf Vorrat produzierte Investitionsgüter dürften dann auch veraltet sein.

Wo Bedürfnisse nicht direkt über die Nachfrage nach realen Gütern befriedigt werden, muss der Staat gestärkt werden. Geld lässt sich nicht als realer Wert über Zeit aufbewahren, sondern nur Forderungen. Übersteigt das Volumen der Forderungen die zukünftigen Möglichkeiten ihrer Befriedigung aus der Produktion, dann werden sie entwertet. Die derzeitige Förderung des privaten Sparens auch durch die private Zukunftssicherung ist daher unrealistisch. Sie belastet das heutige Wachstum durch Nachfrageausfall.

Auf absehbare Zeit bleibt als einzige Quelle für die Steigerung des Kapitalkoeffizienten qualitatives Wachstum. Ökologisch verträglichere Produkte und ökologisch verträglichere Produktionsverfahren sind aber bisher nicht gewählt worden, weil ihre Produktionskosten zu hoch waren. Das Umsteigen auf solche Produkte und Produktionsverfahren kann eine „Entschleunigung“ des Produktivitätswachstums bewirken. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass auch in diesen Bereichen die Produktivitätssteigerungen so groß sein werden, dass die Kompensation unzureichender Nachfragesteigerungen nicht eintritt.

Keynes und mehr noch einige Keynesianer haben deshalb das Szenario einer langfristigen Stagnation aufgrund von fehlenden Nachfragesteigerungen diskutiert und für wahrscheinlich gehalten.[15] Die Alternative dazu ist eine Politik der Reduktion der Überschüsse gegen die Bereicherungsinteressen des Kapitals und – im Bereich der Sozialversicherung – eine Leistungserbringung, die nicht noch zusätzlich die Nachfrageimpulse durch Sparen vermindert. Dies setzt für viele Bereiche, insbesondere die Zukunftsvorsorge, stärkere staatliche Intervention voraus.

Um Kapitalismus zu erhalten müssen ihn gefährdende Regulierungen in Bereichen, von denen deflationäre Tendenzen ausgehen, durch staatliche

Regulierungen ersetzt werden. Kapitalismus wird nicht durch mehr Staat gefährdet, sondern durch zu wenig oder falschen Staat.

Zu klären ist deshalb, inwieweit die derzeitigen Formen und Auswirkungen vertiefter Globalisierung einen solchen Übergang in den kapitalistischen Industrieländern (oder in einigen von ihnen) im Alleingang erlaubt.

Hinweise

[1] Flassbeck, Heiner: „Sättigungsgrenzen oder mangelnde Nachfrage“, in: *Makroskop* (22.August 2017)

[2] Harvey, Ross: *Comparison of Household Saving Ratios: Euro Area, United States, Japan. OECD Statistics Briefs 4* (Paris: Organization for Economic Cooperation and Development, 2004); S.3.

[3] Elsenhans, Hartmut: „Gesellschaftsreform und Wirtschaftswachstum. Akkumulationsprobleme in der Bundesrepublik“, in: *Forum DS. Zeitschrift für Theorie und Praxis des demokratischen Sozialismus*, 4, 8 (1979); S. 153.

[4] Masubuchi, Katsuhiko: *Japan’s Household Savings Ratio* (Tokyo: Economic and Social Research Institute (ESRI), September 2006); S. 5.

[5] So auch Paetz, Michael: „Der IWF, die Ersparnis und das Rentensystem“, in: Flassbeck, Heiner (Hg.): *Markt und Staat neu denken* (Wiesbaden: Makroskop, 2017); S. 88.

[6] SVR 1977/78: Ziff.482f., zitiert nach Elsenhans 1979 (fn.4), S.158.

[7] SVR 1970/71, Ziff. 235f., zit nach Elsenhans 1979 (fn. 4); S.141

[8] Z.B. Flassbeck, Heiner; Spiecker, Friederike; Steinhardt, Paul: *Das Schuldenproblem und die europäische Krise* (Wiesbaden: Makroskop, 2017); S. 42, Steinhardt, Paul: „Die Staatsschuldenkrise – eine Fata Morgana“, in: Flassbeck, Heiner (Hg.): *Markt und Staat neu denken*(Wiesbaden: Makroskop, 2017); S. 46-48.

[9] Elsenhans, Hartmut: „Individualistische Strategien der Haushalte zur Zukunftssicherung: Grundlage für den Niedergang des wohlfahrtstaatlichen Kapitalismus“, in: *Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung*, 9, 3 (1999); 114-142

Weitere Teile dieses Artikels

Die Bedrohung des Kapitalismus durch die Kapitalisten

Die Rückkehr des Rentiers?

Warum Kapitalisten nicht einfach Rentiers bleiben

Sie sind hier: Das Ende des „reifen“ Kapitalismus